A5 (B) Feministischer streiten (Alternativantrag)

Antragsteller*in:	Thorsten Kretzer
Tagesordnungspunkt:	5. Anträge

Antragstext

1. Die Mitgliederversammlung der GRÜNEN in Trier fordert den Stadtvorstand der GRÜNEN in Trier dazu auf, ein Frauenstatut analog zum Frauenstatut der Landespartei vorzubereiten und in einer der nächsten Mitgliederversammlung zur Abstimmung zu stellen.[1]

2. Die Stadtratsfraktion wird aufgefordert weiterhin die Frauenförderung und das Frauenstatut konsequent umzusetzen. Und das Frauenstatut weiterhin als eine der Grundsäulen grüner Politik bestätigt. Hierzu gehört insbesondere den Redebeiträgen von Frauen* den notwendigen Raum zu geben, wozu erfahrungsgemäß leider eine Quotierung von Redebeiträgen notwendig ist.

3. Wir wollen ein deutliches Bekenntnis der GRÜNEN Partei und der GRÜNEN Stadtratsfraktion zum Frauenstatut und fordern letztere daher auf, sich eine Geschäftsordnung unter Berücksichtigung des Frauenstatuts und der gesetzlichen Möglichkeiten zu geben, d. h. insbesondere mit Blick auf quotierte Redeliste und der Möglichkeit eines Frauenforums[2]. Wir fordern außerdem eine, nach bester Möglichkeit und möglichst in Summe quotierte Besetzung der städtischen Ausschüsse und anderer Gremien durch die GRÜNE Stadtratsfraktion.

[1] (siehe dazu auch die Regelung im Frauenstatut der GRÜNEN RLP: § 3 FRAUENABSTIMMUNG UND VETORECHT (4) Die Kreis- und Ortsverbände sind aufgefordert, analoge Regelungen in ihre Satzungen aufzunehmen.)

[2] Wobei beim Frauenforum – nach GRÜNEN Verständnis – zu überprüfen ist, inwieweit dies mit den geltenden rechtlichen Bestimmungen in Einklang zu bringen ist.

Begründung

Frauenförderung und eine feministische Grundhaltung sind tragende Säulen GRÜNEN Selbstverständnisses. Gerade die Stadtratsfraktion der GRÜNEN hat hier in den letzten Wahlperioden immer wieder Meilensteine gesetzt. So wurde auf Antrag der GRÜNEN das Gender-Budgeting im Trierer Rat durchgesetzt und immer wieder bei konkreten Beschlüssen eingefordert. Auch die Regelungen zur Kinderbetreuung für Vertreter*innen in städtischen Gremien wurde durch die GRÜNEN gestärkt. Ebenso ist es dem Eintreten starker GRÜNER Frauen im Rat zu verdanken, dass in der Personalpolitik der Verwaltung Teilzeitarbeit gestärkt wurde. Auch der jüngste Antrag zur gendergerechten Sprache ist nur eines von vielen Beispielen GRÜNEN Engagements in diesem Themenbereich.

Jedoch hat die Vergangenheit auch gezeigt, dass es bei der Quotierung der Redeliste immer wieder mal zu einem Schlendrian gekommen ist. Auch hat die teilweise falsche Anwendung des Frauenstatutes bei der Listenaufstellung gezeigt, dass hier noch Auffrischungsbedarf besteht. Auch der jahrelange Mangel an Frauen für eine quotierte Besetzung im Parteivorstand zeigt, dass hier noch nachzubessern ist.